

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

17. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

06. Oktober 2009

Ein Ereignis in der Geschichte Deutschlands

Statement von Gregor Gysi auf der Pressekonferenz in der Berliner Kulturbrauerei am 28.09.2009

DIE LINKE.

stärkste Kraft in Halle

Liebe Genossinnen und Genossen,
Deutlich zweistellig im Bundestag, stärkste politische Kraft und fünf Direktmandate in Sachsen-Anhalt: dies ist ein großartiges Ergebnis für die LINKE. Ich danke allen, die mit zahlreichen Gesprächen im Bekanntenkreis und am Info-Stand, beim Plakatieren und Verteilen unserer Materialien für die programmatischen Aussagen und die KandidatInnen der LINKEN geworben haben. Schwarz-Gelb verdient eine konsequente, verantwortungsvolle und starke Opposition. Und die wird sie mit uns bekommen!
Eure Petra Sitte

Wahlkreis 73 (Erststimmenergebnis)

	Stimmen	%
Dr. Petra Sitte	46.272	33,7%
Christoph Bergner	42.430	30,0%
Johannes Krause	22.341	16,3%
Cornelia Pieper	11.760	8,6%
Claudia Dalbert	11.056	8,1%



Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das gestern schon gesagt: Das ist wirklich ein herausragendes Ereignis in der Geschichte Deutschlands. Seit 1949 hat es in der Bundesrepublik noch nie ein zweistelliges Wahlergebnis für eine politische Kraft links von der Sozialdemokratie bei einer Bundestagswahl gegeben. Das ist wirklich eine gravierende Veränderung, weil es vor allem in den alten Bundesländern erhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit einer Partei links von der Sozialdemokratie gab und wahrscheinlich auch zum Teil noch gibt. Trotzdem ist dort eine Akzeptanz erreicht worden, die erstaunlich ist. Dazu zähle ich auch die Einzelergebnisse in den verschiedenen Bundesländern. Wir sind in den westdeutschen Ländern überall über der 5-Prozent-Marke und im Osten teilweise stärkste Kraft geworden. Das ist schon beachtlich. Das hatten wir so ja auch noch nicht erreicht.

Zweitens: Ich denke, wir haben damit auch Veränderungen in der Gesellschaft eingeleitet. Die SPD kann unmöglich so bleiben, wie sie gegenwärtig ist. Sie ist von Schröder entsozialdemokratisiert worden, und sie steht vor der Frage, bleibt sie eine zweite Union, oder wird sie wenigstens wieder eine sozialdemokratische Partei. Also findet eine Resozialdemokratisierung statt? Ich vermute, dass der zweite Prozess eingeleitet wird. Ich weiß nicht, wie schwierig es wird. Ich weiß nicht, wie lange es dauert.

Fortsetzung Seite -4-

Danke

an alle unsere Wählerinnen und Wähler.
Wir versprechen: Sozial, auch nach der Wahl!
www.die-linke.de

DIE LINKE.

Aus der Stadtratsitzung am 30. September 2009

Sie kommt! Die neue Ballsporthalle!

Im Sportausschuss u. a. Ausschüssen gab es bereits inhaltliche Diskussionen zum Standort der neuen Ballsporthalle, soll es Halle-Neustadt oder das Kreuzvorwerk werden? Unsere Fraktion hatte sich auch in Pressemitteilungen im Vorfeld - bereits dazu bekannt, dass wir den Standort Halle-Neustadt befürworten. Bodo Meerheim befürwortete diese Entscheidung im Stadtrat auch mit den Synergieeffekten, die der Standort in Halle-Neustadt bietet. Auch unter dem städtebaulichen Aspekt begrüßen wir diese Standortentscheidung, denn mit dieser würde Halle-Neustadt aufgewertet! Im Endeffekt konnte sich der Standort Sportkomplex - Nietlebener Straße mit großer Mehrheit durchsetzen.

Ebenfalls - mit großer Mehrheit - wurde der Vorlage Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zur Umbenennung eines Teilabschnitts der Straße „An der Petruskirche“ in „Herrmann-Schenck-Straße“ aufgehoben: Hintergrund dieser Entscheidung war, dass es große Bürgerproteste gab, diese Straße ohne größere Not umzubenennen. Es wurde eine andere Variante gefunden, um auch die Neubauten, die dort entstanden sind, einzubeziehen.

Angenommen wurde unser Antrag zur Scheibe C in Halle-Neustadt. Im Zusammenhang mit einer Vorlage „Beschluss zur Sicherung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) für den Standort Halle-Neustadt unter besonderer Beachtung der Hochhaus-

scheiben. Im Grunde geht es in unserem Antrag und in der Beschlussvorlage darum, an der Sanierung und dem Umzug der halleschen Finanzämter in die Hochhaus Scheibe C festzuhalten. Die Oberbürgermeisterin wurde beauftragt, zu einer Diskussionsrunde alle wichtigen Akteure einzuladen.

Wie das „Brezelbacken“ ging dann die Abstimmung zu den Jahresabschlüssen der Stadtmarketing GmbH, des Thalia-Theaters, der Kulturinsel Halle, des Zoologischen Gartens, der Wohnungsgesellschaften u. a. m. „über die Bühne“. Allen wurde ohne Kommentar zugestimmt.

Angenommen, mit unseren Gegenstimmen, wurde der Antrag aller anderen Fraktionen - betreffend der Überprüfung der Stadtratmitglieder auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Eine Diskussion gab es dazu nicht. Der Hintergrund für unsere Ablehnung ist, dass sich alle unsere Stadträte bei der Kandidatur für dieses Amt „erklärt“ haben und eigenständig um die Anträge und Aussagen kümmern, ob es eine Mitarbeit gab.

Diskussionen gab es um die „Stadtmarke Halle. Die Stadt“ bzw. um ein neues Logo für die Stadt Halle (Saale). Bisher wurde das Erscheinungsbild durch die Stadträte nicht abgestimmt, aber zur Kenntnis gegeben. Stadträte fühlten sich z. T. übergangen, nicht einbezogen. Mit der Zustimmung zu einem Antrag der CDU-Fraktion, einen Beirat zu bestellen, ist nun die Möglich-

keit gegeben, Stadträte in Entscheidungen einzubeziehen. Wir stimmten diesem Antrag zu.

Auch die Thematik „Schule am Jägerplatz“ spielte noch einmal eine Rolle! Wir unterstützten den Antrag von Frau Wolff, dass die baulichen Mängel der Schule Jägerplatz dokumentiert und kurzfristig behoben werden und der Schulbetrieb an diesem Standort fortgesetzt werden soll. Der Antrag fand eine Mehrheit!

Auch die Anträge zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark fanden zwar unserer Unterstützung, sie wurden aber durch die CDU- und SPD-Fraktionen zur weiteren Diskussion in die Fachausschüsse verwiesen.

Diesmal schaffte es unser Antrag „Beendigung der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle“ auf der Tagesordnung zur bleiben! Die Stadtverwaltung hatte in ihrer Stellungnahme darauf verwiesen, dass der Antrag unzulässig wäre und stellte auch fest, dass der Flughafen nicht militärisch genutzt würde. Herr Bönisch - CDU - meinte, dass der Antrag „dämlich“ ist und deshalb abgelehnt wird! Petra Sitte und Uwe Heft argumentierten, dass man als Aktionärsvertreter sehr wohl darüber diskutieren muss. Ein Antrag der „Mitsbürger“ zur Beendigung der Debatte verhinderte eine weitere Diskussion. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ute Haupt, Stadträtin

	Wahl- beteiligung	Zweitstimmen in %					Stimmen DIE LINKE	
		LINKE	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	2005	2009
Südstadt	47%	40,7	23,7	17,4	9,0	4,1	2.768	2.711
Westliche Neustadt	45%	43,6	22,0	15,3	9,5	3,7	2.624	2.480
Nördliche Neustadt	44%	42,0	23,1	16,3	8,4	4,7	2.341	2.351
Südliche Neustadt	42%	43,5	21,4	15,5	9,0	4,4	2.308	2.190
Südliche Innenstadt	46%	29,0	24,8	14,9	12,3	11,7	1.979	2.015
Silberhöhe	37%	45,1	21,6	13,1	9,9	3,7	2.357	1.898
Gesundbrunnen	53%	31,2	27,7	17,9	12,4	5,7	1.345	1.544
Damaschkestraße	55%	33,9	28,2	17,6	10,7	5,1	1.276	1.440
Nördliche Innenstadt	51%	22,9	22,9	15,5	13,0	18,0	1.267	1.310
Paulusviertel	57%	21,4	21,9	16,8	11,0	22,5	996	1.093
Ortslage Trotha	49%	36,7	25,5	16,7	9,6	6,9	1.047	1.089
Ortslage Ammendorf/Beesen	53%	33,1	28,2	14,6	13,8	5,6	1.065	1.058
Lutherplatz/Thüringer Bahnhof	47%	34,1	24,9	15,0	10,9	7,6	1.035	1.054
Giebichenstein	55%	22,8	22,5	16,2	11,7	20,2	815	944
Heide-Nord/Blumenau	44%	37,6	23,9	15,2	11,2	5,4	998	841
Heide-Süd	68%	28,0	26,9	21,0	10,9	9,7	447	614
Büschdorf	60%	28,2	32,8	15,6	15,2	4,3	487	604
Landrain	57%	34,4	27,2	18,6	9,0	7,0	524	583
Nietleben	61%	27,8	30,5	17,7	12,0	14,0	367	379
Frohe Zukunft	57%	29,1	29,9	18,1	11,7	7,8	427	489
Dölau/Dölauer Heide	62%	23,3	33,0	16,9	14,6	7,5	484	483
Altstadt	49%	24,2	23,3	14,5	13,1	17,1	463	460
Kröllwitz	61%	21,7	33,0	13,3	14,8	6,0	439	523
Reideburg	58%	27,4	28,4	14,4	19,4	5,2	304	335
Böllberg/Wörmlitz	47%	31,3	27,9	16,2	11,9	8,0	337	325
Freiimfelde/Kanenaer Weg	47%	33,2	22,4	17,0	14,3	5,5	301	309
Dautzsch	66%	29,2	34,1	15,8	12,9	3,9	262	300
Radewell/Osendorf/Planena	53%	35,3	29,4	12,5	13,0	4,4	305	287
Gottfried-Keller-Siedlung	58%	29,2	32,4	15,7	10,6	8,9	271	267
Diemitz	51%	32,7	26,0	13,6	15,7	5,9	215	240
Kanena/Bruckdorf	53%	30,5	30,7	15,6	14,3	3,3	184	196
Seeben	61%	30,5	30,1	13,5	11,9	9,6	188	188
Ortslage Lettin	56%	31,5	32,6	9,6	11,6	8,1	182	180
Am Wasserturm/Thaerviertel	53%	28,9	21,6	17,8	14,6	10,2	104	107
Dieselstraße	54%	25,3	36,5	9,5	14,5	9,5	84	75
Mötzlich	56%	25,8	35,2	11,2	12,9	10,3	56	60
Saaleaue	53%	24,2	23,7	13,4	15,6	16,1	31	45
Tornau	55%	43,1	26,5	5,9	14,7	3,9	45	44
Indusdriegergebiet Nord	41%	35,0	23,3	19,4	13,6	6,8	39	36
Briefwahl		29,3	27,9	17,0	10,0	11,7	5.979	6.932
Stadt Halle (Saale)	62%	32,1	25,9	16,2	11,1	9,3	36.746	38.079
VG Götschetal-Petersberg	65%	29,9	31,3	13,3	5,3	14,4		1.735
Kabelsketal	62%	28,7	33,9	13,5	14,3	4,2		1.341
VG Östlicher Saalkreis	65%	28,7	33,8	12,9	15,2	4,6		2.462
Wahlkreis 73	63%	31,7	26,9	15,8	11,6	8,7		43.617

Ein Ereignis in der Geschichte Deutschlands

Fortsetzung von Seite 1

Es geht natürlich leichter, weil die SPD in der Opposition sitzt. Sätze sie jetzt weiter in der Regierung, dann würde ihr die ganze Umstrukturierung deutlich schwerer fallen - um das mal vorsichtig zu formulieren.

Aber ich glaube, das Ganze bleibt auch nicht ohne Wirkung auf die Grünen. Es bleibt auch nicht ohne Wirkung auf die Union. Bei der FDP haben wir keine Wirkung. Das ist ein ganz anderer Fall. Sie ist - wie ich finde - unberechtigt stark geworden. Aber ich gehe davon aus, dass es da bei der nächsten Wahl wieder eine Korrektur gibt. Wir haben einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Wirklich Tausende und Abertausende Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten haben gekämpft, und ohne, dass die Mitglieder Leidenschaft entwickeln und einen so engagierten Wahlkampf führen, kann man einen Wahlkampf gar nicht erfolgreich gestalten. Dazu gehören aber natürlich auch Verantwortliche, die ich ausnahmsweise mal erwähnen möchte. Ich möchte dem Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch für sein Engagement wirklich danken, und ich möchte auch Claudia Gohde aus dem Parteivorstand danken, die sehr viel dafür getan hat. Leider vergisst man es immer an einem Wahlabend, wer eigentlich die konkrete Arbeit geleistet hat. Ich möchte es aber heute nicht vergessen.

Im Bundestag selbst werden wir weiterhin Opposition sein. Wir werden weiterhin von den Anderen eher als Störenfried wahrgenommen werden. Das ist auch alles gar nicht so tragisch. Wir müssen

uns ja nicht so umstellen, wie sich die SPD umstellen muss, und wir haben im Wahlprogramm und darüber hinaus jene politischen Schwerpunkte bestimmt, für die wir uns auch weiterhin engagieren werden. Trotzdem kann auch unsere Rolle nicht die gleiche bleiben, denn wir sind deutlich gestärkt. Wir haben ja nicht nur eine größere Zahl von Abgeordneten, sondern damit verbunden auch eine größere Verantwortung, der wir sowohl im Bundestag als auch außerhalb des Bundestages gerecht werden müssen. Das alles klingt vielleicht einfach, aber ist es nicht. Aber ich freue mich auf diese größeren Herausforderungen. Im übrigen ist unsere Fraktion so zusammengesetzt, dass sie den Pluralismus unserer Partei hervorragend widerspiegelt. Das macht ja Spaß, sowas zu leiten und dort die Vereinigung real wer-

den zu lassen, die in der Partei gegenwärtig auch stattfindet.

Ich freue mich über beide Landtagswahlergebnisse, über das gute Ergebnis in Brandenburg insbesondere. Ich bin wirklich auch ein bisschen stolz darauf, bei allen Attacken, die es gegeben hat, dass wir es geschafft haben, mit unserer Spitzenkandidatin in Schleswig-Holstein in den Landtag einzuziehen. Ich bitte Sie, das ist jetzt der zwölfte Landtag, in den wir einziehen. Es fehlen noch vier, und die schaffen wir auch noch. Da kommt NRW. Da müssen wir uns sehr anstrengen. Aber wir werden uns im nächsten Jahr auch sehr anstrengen. Dann müssen wir nur noch Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und zum Schluss Bayern packen.

Und wenn wir in Bayern einziehen, dann gebe ich für Sie einen aus.

Sachsen-Anhalt

(Zweitstimmen)

	2005		2009		+/-
DIE LINKE	385.422	26,6%	389.541	32,4%	4.119
CDU	357.663	24,7%	362.402	30,1%	4.739
SPD	474.909	32,7%	202.891	16,9%	-272.018
FDP	117.155	8,1%	124.270	10,3%	7.115
GRÜNE	59.146	4,1%	61.744	5,1%	2.598

Bundesrepublik

(Zweitstimmen)

	2005		2009		+/-
DIE LINKE	4.118.194	8,7%	5.153.884	11,9%	1.035.690
CDU/CSU	16.631.049	35,2%	14.655.004	33,8%	-1.976.045
SPD	16.194.665	34,2%	9.988.843	23,0%	-6.205.822
FDP	4.648.144	9,8%	6.313.023	14,6%	1.664.879
GRÜNE	3.838.326	8,1%	4.641.197	10,7%	802.871

Mal richtig abschalten !



Wer jetzt erwartet, dass ein schwärmerischer Bericht vom letzten Urlaub zu lesen ist, wird enttäuscht. Dieses schöne Motto stand über der großen Anti-Atomkraft-Demo, die am 5. September 2009 in Berlin stattfand. Begonnen hatte sie aber schon gut eine Woche vorher, als im Wendland der Anti-Atom-Treck startete. Das Wendland hat schon eine lange Tradition im Widerstand gegen die Nutzung von Atomenergie, befindet sich doch dort in Gorleben der Standort, an dem die Bundesregierung das Endlager für den hochradioaktiven Atommüll plant. Traktoren mit phantasievoll gestalteten Anhängern und sogar Radfahrer machten sich auf den Weg nach Berlin. Wir konnten den Treck am 3. September in Magdeburg auf dem Domplatz begrüßen, nachdem er an dem Tag bei Protesten am Zwischenlager Morsleben in Auseinandersetzungen mit der Polizei Sachsen-Anhalts verwickelt war und in Magdeburg an einer Straßensperre einer intensiven Kontrolle unterzogen wurde. Diese Art des Umgangs der Polizei mit Protesten werden wir im Landtag noch einmal thematisieren, es braucht sicher eine andere Vorbereitung solcher Einsätze. In Berlin war der Treck auf etwa 400 Trak-

toren angewachsen, von denen 50 die Demo bis in die Innenstadt anführten. Dazu gesellten sich mehr als 50 000 Demonstranten. Linke, Grüne, Attac-Mitglieder, Greenpeace, Gewerkschafter usw. - ein ganz bunter Zug zog friedlich, diskutierend und musizierend in die Innenstadt. Zur Kundgebung am Brandenburger sprachen Vertreter der Wendland-Initiative, der Kirche, der Gewerkschaften, des BUND und von Greenpeace Finnland.

Ich habe mich auf dieser Demo sehr wohl gefühlt und fand es sehr wichtig, dass so viele, vor allem auch junge Menschen, sehr deutlich gemacht haben, dass sie keine Zukunft für die Atomenergie in Deutschland sehen. Eine klare Antwort auf die Bestrebungen der CDU, den Konsens zur Abschaltung der Atomkraftwerke aufzukündigen und sogar über Neubauten nachzudenken.

DIE LINKE hat sich Nutzung der Atomenergie im Bundestagswahlprogramm klar positioniert. Sie hält den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke für nicht verantwortbar und setzt voll auf die Nutzung erneuerbarer Energien in Verbindung mit größeren Anstrengungen zur sparsamen und effizienten Energieverwendung und -erzeugung. Atomenergie ist keineswegs „billig und gefahrlos“. Bisher gibt es weltweit noch kein einziges Endlager, das die hochradioaktiven Abfälle aufnehmen kann. Einen Standort zu finden ist auch deshalb schwierig, weil über mehrere Jahrtausende gesichert werden muss, dass die radioaktiven Stoffe nicht aus diesem Lager wieder in die Umwelt gelangen können. Der in Deutschland vorgesehene Stand-

ort Gorleben ist immer mehr in Kritik geraten. Erst kürzlich gab es Hinweise, dass seine Auswahl trotz kritischer fachlicher Stimmen auf politischen Druck hin erfolgt ist. Mehr dazu und zu einer Studie, die die Schwachstellen von Gorleben benennt, ist auf der Webseite der niedersächsischen Landtagsfraktion der LINKEN zu finden.

Die Atommülllagerproblematik berührt auch Sachsen-Anhalt. In Morsleben befindet sich ein Salzbergwerk, in dem seit 1971 schwach- und mittelaktive Abfälle eingelagert wurden. 1998 wurde diese Einlagerung beendet. Es befinden sich etwa 36500 m³ Abfall dort, wovon 2/3 nach 1989 eingelagert wurden. Dafür wurden nur 138 Millionen • Einlagerungsgebühren bezahlt. Die nun anstehende Stabilisierung des Bergwerks, einige Hohlräume drohen einzustürzen und sollen mit Salzbeton gefüllt werden, und die anschließende Stilllegung werden nach bisherigen Rechnungen etwa 2,3 Milliarden • kosten. Die Differenz bezahlt die öffentliche Hand.

Angelika Hunger, MdL

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de

Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

01.10.2009

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 15.10.2009

Ein Plädoyer für längeres gemeinsames Lernen aus der Wirtschaft

zusammengestellt von Birke Bull

Es hatte sich herumgesprochen, dass sich in den Instituten und Verbänden der Wirtschaft seit längerer Zeit eine politisch-inhaltliche Wende vollzogen hatte - hin zu einem Plädoyer für längeres gemeinsames Lernen. Und wie das so ist: wenn man sich dadurch in den eigenen politischen Ansichten gestärkt sieht, da nimmt man schon auch mal den einen oder anderen Autoritätsbeweis gern an - warum auch nicht. Auch ungewöhnliche Allianzen können Schritte in die richtige Richtung befördern. Mit Spannung erwartet wurden deshalb die Beiträge der eingeladenen Wirtschaftsinstitute und -verbände in die Arbeitsgruppe Schulstruktur des Bildungskonvents für Sachsen-Anhalt am 21. September 2009.

Prof. Peter Heimann - Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Des-sau und selbst Mitglied des Bildungskonvents - verband seinen Vortrag vor allem mit persönlichen Erfahrungen. Der Wechsel zwischen den Schulformen war offensichtlich für die eigene Biografie und die eigene Entwicklung prägend. Wechsel auf das Gymnasium, Scheitern, Rückkehr zur Realschule, wiederum der Versuch am Gymnasium - so beschrieb er seinen Weg. Rückblickend ist sein unmissverständliches Plädoyer für längeres gemeinsames Lernen statt der frühen Auslese erfahrungsgesättigt. Aber es ist auch die mehrheitliche Entscheidung der Mitglieder der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau. Zen-

traler Kritikpunkt ist die problematische Kompetenzentwicklung der AbsolventInnen, die in eine Berufsausbildung münden. Schlechte Sprachkenntnisse, schwache naturwissenschaftliche Fähigkeiten, ungenügend soziale Kompetenzen - so die Einschätzung der Unternehmen. Hinzu kommt: Die Zahl der Absolventen mit Realschulabschluss sinkt, dafür liegt die Zahl derer, die ohne akzeptablen Abschluss die Schule verlassen, bei über 10% im letzten Jahr. Sein Plädoyer war die Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Selbst handeln, statt abgefragt zu werden, intelligentes Miteinanderlernen in jahrgangsübergreifenden Klassen oder Lerngruppen initiieren. Zugegeben: Es befiel mich zwischenzeitliches Grübeln darüber, wer jetzt falsch sein könnte im jeweils zugeschriebenen politischen Lager, schließlich sind unsere politischen Schnittmengen ansonsten eine eher zu vernachlässigende Größe.

Helmut E. Klein vom Institut der Wirtschaft in Köln unterzog das Schulsystem in Deutschland einer außerordentlich kritischen Analyse: ebenfalls mit Blick auf die Kompetenzentwicklung von SchülerInnen, darüber hinaus aber vor allem auch hinsichtlich der fehlenden Chancengerechtigkeit. Im Jahr 2006 zählte das PISA-Konsortium in Deutschland 20,1% RisikoschülerInnen, SchülerInnen also, die beim internationalen Lesetest Werte unter oder auf der untersten Kompetenzstufe erreichten.

In Sachsen-Anhalt betrifft dies sogar 21,5%. Ihnen steht eine schmale so genannte Elite von gerade mal 9,2% gegenüber, die Ergebnisse auf der höchsten Kompetenzstufe Verreichten. Fazit: Große Risikoschülergruppe - kleine Leistungselite. 14.7% der SchülerInnen brauchen im Jahr 2006 die Schule gänzlich ab. Auch die Unterrichtsqualität stand in der Kritik: fehlende Kompetenzen der Lehrkräfte, mit Vielfalt umzugehen, zu viel „Unterricht von der Stange“ - so ließe sich seine Diagnose verkürzt beschreiben. Bereits im Februar 2009 offenbarte der externe Evaluationsbericht des Kultusministeriums ähnliche Befunde. Einmal mehr wird deutlich: bei weitem nicht allein fehlendes Geld ist das Dilemma., denn Sachsen-Anhalt stellt mit 6.500 Euro je Schüler unter allen Bundesländern nach Thüringen das meiste Geld zur Verfügung. Riesige Mengen Geld - bundesweit insgesamt über 3,6 Mrd. Euro - werden ausgegeben für aufwendige Reparaturmaßnahmen: Klassenwiederholungen, Schulabbrecherprogramme, nächträglicher Erwerb von Schulabschlüssen, Nachhilfeunterrichtsangebote usw. usf.

Viel mehr bedarf es einer umfassenden Qualifizierungsoffensive für PädagogInnen, um sie in ihrem Engagement und ihrem Wollen zu unterstützen, vielfältige Angebote zu unterbreiten, eine sehr viel breitere Palette an Methodenkompetenz zu entwickeln, um mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen von SchülerInnen nicht nur umge-

War die DDR nur eine Fußnote in der Geschichte?

Zurzeit wird in der gegenwärtig herrschenden Medienwelt der Niedergang der DDR vor 20 Jahren feierlich zelebriert. Weniger erwähnt wird, dass es vor 60 Jahren auch Erwartungen gab, als dieser Staat DDR gegründet wurde.

Es war nicht nur eine Staatsgründung schlecht hin. Es sollte auch ein gesellschaftlicher Auftrag erfüllt werden: „Nie wieder sollte ein Krieg von deutschen Boden ausgehen“. Andererseits sollte diese Republik dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Seit den fünfziger Jahren hieß es: Aufbau des Sozialismus. Was wurde in diesem Sinne erreicht? Weniger oder gar nicht gesagt wird, dass die Spanne zwischen unteren und oberen Einkommen wesentlich geringer war, als wir es heute erleben. Die Differenz zwischen den hoch Verdienenden und den unteren Schichten nimmt gegenwärtig astronomische Summen an. Es gibt kaum Verständnis dafür, da ein Manager gegenüber all den anderen fleißigen Leuten so viel mehr leisten würde.

Gern verschwiegen wird auch, dass es den Frauen in der DDR besser gelang, Familie und Beruf in Übereinstimmung zu bringen. Eine hohe Ausstattung von Kindereinrichtungen ermöglichte eine gleichberechtigte Teilnahme der Geschlechter am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Zwei gleichberechtigte Krankenkassen - einmal für Arbeiter und Angestellte und zum anderen für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende - könnten heute schon als Errungenschaft angesehen werden. Das Solidarprinzip galt im Gesundheitswesen als verwirklicht.

Fast vergessen sind schon die regelmäßigen Schirmbilduntersuchungen, auch Röntgenzug genannt. Auf jeden Fall dienten sie dazu; die Tuberkulose als Seuche und Volkskrankheit der unteren Schichten zu beseitigen. Eine hohe Bildung für alle Kinder des Volkes war Gesellschafts- und Staatsprinzip. Natürlich blieben auch bei dem einen oder anderen Wünsche im Bildungsgang oder bei der Berufswahl unerfüllt. In diesem Hinblick gilt es aber dennoch zu unterscheiden, was war das Typische und welches waren die Einzelfälle. Unterm Strich lässt sich aber sagen, mehrheitlich fanden die Mitglieder der DDR-Gesellschaft ihren Platz im Leben

Was kaum Erwähnung findet, eine Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern unter dem Tarif war undenkbar.

Bestimmt lassen sich noch einige Vorzüge zur heutigen Realität aufzählen und zu dem Hier und Heute entgegen setzen. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, warum hat das alles nur 40 Jahre gehalten. Sehr unterschiedlich wird heute über das Ende dieses Staatswesens und politischen Systems geurteilt und diskutiert. Da gibt es eine öffentliche oder offizielle Meinung in unserer Medienwelt und dem gegenüber stehen auch häufig konträre Meinungen in den Familien, in Freundeskreisen, auf Wanderungen oder an Biertischen. Sicher wird es noch weiterhin Meinungsaustausche und Vergleiche zum Thema DDR geben, so lange es noch große Unterschiede zwischen arm und reich gibt und der Frieden in Gefahr ist.

hajo

hen zu können, sondern sie vor allem produktiv nutzbar zu machen für Lernprozesse - für sogenannte Schwache und für so genannte Stärkere.

Dr. Guido Schwerdt vom ifo-Institut München bescheinigte dem deutschen Schulsystem ein weiteres Mal: „Deutschland liegt auf Platz 4 der traurigen Hitliste der Chancengleichheit: Bei uns ist ein Kind aus einer Familie mit mehr als zwei Bücherregale in einem gleichaltrigen Kind aus einer Familie ohne Bücher vier Schuljahre voraus.“ (vgl. TIMSS-Studie). Seine Kritik richtete sich vor allem an die frühe Aufteilung (Tracking) im hiesigen Schulsystem, die es so nur noch in Österreich gibt. Vor allem der Verweis aus der TIMSS-Studie, dass die Ungleichheit zwischen dem Ende der Grundschulzeit und der darauf folgenden Sekundarstufe I wächst, gebe Aufschluss darüber - so Schwerdt -, dass diese frühe Gliedrigkeit eine der Hauptursachen für die ungleichen Bildungschancen sind, denn die Grundschule kommt dem Anspruch einer Gemeinschaftsschule am nächsten. Sein Fazit: Es existiert überzeugende Evidenz (wissenschaftliche Nachweisbarkeit - d.A.) dafür, dass die frühe Mehrgliedrigkeit im Schulsystem keine positiven Effekte auf das allgemeine Leistungsniveau hat, allerdings die Chancengleichheit im Bildungssystem erheblich erhöht! ein längeres gemeinsames Lernen wird die Chancengleichheit im deutschen Schulsystem erhöhen, ohne (aller Voraussicht nach) das allgemeine Leistungsniveau negativ zu beeinflussen.“

Puschkin - Ja oder nein?

Wie ist der Fall auf dem bayrischen S-Bahnhof, bei dem ein Mensch zu Tode getreten wurde, noch zu beurteilen? Wo liegt des „Pudels Kern“? Der Ruf nach Gesetzesverschärfung, nach konsequenter Anwendung bestehender Gesetze, verstärkter Videoüberwachung, nach mehr Polizei als berechnigte Sofortmaßnahmen ist zwar angesichts der Empörung nur zu verständlich, lotet aber ganz sicher nicht tief genug (Nebenbei: Als Sofortmaßnahme wären z. B. auch zusätzlich 500 Steuerfahnder notwendig, um Steuerbetrüger auf die Schliche zu kommen.). Solche Hilferufe werden immer wieder mal laut, aber ändert sich etwas im Sinne dieser Rufe? Der erneute Ruf nach der Zivilcourage ist genauso berechtigt. Etliche sind im betreffenden Falle vorbeigegangen. Ich habe mich sofort gefragt: Wäre ich zu Hilfe geeilt? Möglicherweise nein, weil ich zu feige gewesen wäre und an meine eigene Sicherheit gedacht hätte. Möglicherweise ja, wenn mir meine eigene Sicherheit nicht sofort in den Sinn gekommen wäre, ich spontan also hätte reagieren können. Oder - dann wäre ich auf der recht sicheren Seite gewesen - ich hätte mir vor dem Eingreifen einen Verbündeten gesucht. Wie auch immer, es bringt uns in Wirklichkeit nicht weiter. Aber was könnte uns tatsächlich weiterbringen? Es ist - kurz gesagt und erstaunt vielleicht zunächst manchen - eine „Bildung von unten“ (Danach ist auch schon mal laut gerufen worden!), mit der es eine zukünftige Regierung wirklich ernst meint, indem sie allen brachliegenden Reichtum dieser

Gesellschaft - den die reichen Einzelpersonen gar nicht sinnvoll nutzen, lediglich bewundern können - in eine hohe ästhetische und ethische Bildung für jedermann von unten fließen lässt. Also: Eine sinnvolle Umverteilung von oben nach unten! Wie kann man sich das noch vorstellen? Ganz einfach! Aus jedem Bildungsgegenstand, selbst dem einfachsten, spricht Ästhetik und Ethik, z. B. dem „Sperling“ oder - um einen „höheren“ Bildungsgegenstand zu nennen - „Puschkin“. Apropos Puschkin. Eine „Puschkin-Schule“ in Dresden wurde kürzlich umbenannt in „Am Waldpark“. Von der unnötigen Geldverschwendung einmal abgesehen, wer sich auf diese Weise um einen an der Oberfläche liegenden Bildungsgegenstand bringt, braucht sich nicht über schwindende Ästhetik und Ethik zu wundern. Namen verpflichten bekanntlich und „Puschkin“ wäre schon eine sinnreiche ästhetische und ethische Verpflichtung gewesen.

Dieses Beispiel greift möglicherweise etwas zu kurz, aber soll zumindest vor einem Verlust an Sensibilität der Gesellschaft warnen, weil ein Verlust an Sensibilität auch Verrohung zur Folge haben kann. Zuspitzung gehört zur Verdeutlichung. Und ich spitze noch einmal zu: Vielleicht wären die bayrischen Jungs nie bis zu dieser Brutalität oder zu dem Erpressungsversuch gegenüber den Kindern „gereift“, wenn sie rechtzeitig den „Sperling“ als den lustigsten und auf Grund zunehmend fehlender Nistmöglichkeiten als gefährdeten Vertreter der Vogelwelt kennen und

schätzen gelernt hätten.

Und noch eine Frage drängt sich einem auf, wenn ich an die Vorbildfunktion unseres Staates denke. Bei der Lösung internationaler Konflikte wird viel zu selten an eine gewaltfreie Lösung durch Dialog gedacht. Dialog sollte immer und überall vorgelebt werden!

Verkürzung und Zuspitzung!

Aber eines wird wohl deutlich: Bei allen notwendigen kurzfristigen Maßnahmen und erforderlichen Verhaltensmodalitäten zur Gewaltbekämpfung, es geht auch ab sofort um eine langfristige Maßnahme: Tiefgreifende, aufwendige und allseitige Bildung von unten und für jeden, also „Reichtum für alle!“. Dann wird sich wohl auch die Sehnsucht erfüllen, die Erich Mühsam einst in diese Verse goss:

„Warum ich Welt und Menschheit nicht verfluche? -

Weil ich den Menschen spüre, den ich suche!“

Lothar Waide,

Basisgruppe Heide-Nord

Halle braucht ein Sozalticket!?

Vorstellung und Diskussion zu einem Sozalticket für öffentliche Verkehrsmittel in Halle.

17. Oktober 2009

10:00 Uhr

Böllberger Weg

188

Buchtipps:

„Wehe dem Sieger!“

Im neuen Buch der Publizistin Daniela Dahn werden erneut konsequent Fragen der Entwicklung der letzten Jahre behandelt.

Was ist aus uns geworden in den 20 Jahren seit dem Mauerfall? Warum konnte der Sieger mit seinem Sieg nichts anfangen? Sein Abstieg setzte just im Moment des größten Triumphes ein. Für die simple Einsicht, dass der Markt nicht perfekt ist, hat er zu lange gebraucht. Fehlte ihm das Korrektiv sozialistischer Ideen? Waren beide Seiten gar nicht autonom, sondern hingen an einer Nabelschnur? Haben wir aus 40 Jahren Teilung nichts gelernt?, fragt Daniela Dahn und ist überzeugt: Damit die Krise nicht auch die Demokratie in den freien Fall zieht, muss der Kapitalismus aufhören, er selbst zu sein.

Übrigens, Daniela Dahn liest aus diesem Buch am 24. November 2009 im neuen theater in Halle.

Daniela Dahn „Wehe dem Sieger!“ Ohne Osten kein Westen - Vom Verlierer nicht lernen, heißt verlieren lernen, Rowohlt, Hardcover, 304 Seiten, Preis: 18,90 €, ISBN: 978-3-498-01329-5

„Regierung verzweifelt gesucht“

Um die Politik ist es schlecht bestellt. Nicht erst seit gestern. Macht-wille regiert, längst nicht mehr die Überzeugung. Es fehlen neue Ideen und überzeugende Konzepte. Kein Wunder, dass das Volk das Vertrauen verloren hat.

Einer, der sich nicht scheut, solche Fehlentwicklungen zu benennen, ist Hans-Ulrich Jörges. Seit Jahren kommentiert er das politische Geschehen der Berliner Republik - und wird deshalb von vielen gefürchtet.

Jede Woche erscheint seine vielbeachtete Stern-Kolumne „Zwischenruf aus Berlin“. Dieses Buch versammelt eine Auswahl seiner provokanten Texte und ergänzt sie um bisher Unveröffentlichtes. Die messerscharfe Analyse über den Zustand eines Landes, dem die Leitfiguren verloren gehen.

Hans-Ulrich Jörges „Regierung verzweifelt gesucht“ Zwischenrufe zum Zustand der Berliner Republik, ca. 224 Seiten, Paperback, Preis 16,90 Euro, ISBN: 978-3-430-20085-1

Kalender 2010

Kalender von Rainer Kolpe

Die Druckerei Heinrich John aus Halle und der hallesche Verlag & Verlagsservice Schneidewind haben einen weiteren Kalender Halle 2010 veröffentlicht. Er enthält farbige Aquarelle vom halleschen Künstler Rainer Kolpe. Motive sind unter anderen die Moritzkirche, der Dom, die Pauluskirche, der Kühle Brunnen und das Marktschlösschen.

Rainer Kolpe „Hallesche Impressionen 2010“, Format 33 x 39 cm, Preis 28,80 Euro.

Schachkalender

Einen Kalender für die Liebhaber des Schachs ist ebenfalls erhältlich. Lustige Cartoons zu Schacheröffnungen werden ergänzt mit interessanten Partien auf den Rückseiten.

Schachkalender 2010 farbig, Format A4, Preis: 6,50 Euro.

Erhältlich sind diese Kalender in einigen halleschen Buchhandlungen und direkt im Verlag & Verlagsservice Schneidewind, Tel: 5170956.

Das Schicksal der DDR-Verlage

Die Buchlandschaft in Ostdeutschland hat sich seit 1990 radikal verändert. Von den ehemals 78 staatlich lizenzierten Verlagen der DDR existiert in eigenständiger Form kaum noch ein Dutzend. Die Mitarbeiterzahl ist unter ein Zehntel gefallen. In dieser Region wird heute weniger als ein Prozent des deutschen Buchumsatzes erzeugt.

Wo liegen die Ursachen für diesen gewaltigen Umbruch? Lag es an Struktur und Profil der DDR-Betriebe, an der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt oder dem Vorgehen der neuen Eigentümer aus dem Westen?

Auf der Grundlage detaillierter Einzeluntersuchungen zu Geschichte, Eigentumsform, Produktionsvolumen, Beschäftigtenzahlen und zum Privatisierungsprozess aller 78 Verlage wird eine kritische Bilanz der Umgestaltung dieser Wirtschaftszweige vorgelegt.

Informationen zum Verbleib der Rechte und Archive der untergegangenen Verlage, alphabetische Übersichtstabellen, Verlagssignets und Register machen die Arbeit darüber hinaus als Nachschlagewerk nutzbar.

Christoph Links „Das Schicksal der DDR-Verlage“ - Die Privatisierung und ihre Konsequenzen Ch. Links Verlag, Hardcover mit Schutzumschlag, Format 13.5 x 21.0 cm, 352 Seiten, 79 Abbildungen s/w, Preis: 24,90 EURO, ISBN: 978-3-86153-523-2

„Die Studie über das Schicksal der DDR-Verlage ist eine spannende Lektüre und ein Nachschlagewerk von bleibendem Wert...“

Günter Berg, F.A.Z., 11.4.2009

Halle braucht ein Sozialticket?!

Vieler Orten, Land auf, Land ab wird über die soziale Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen gesprochen. Die Ausgrenzung von Menschen mit geringen Einkommen vom gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen etc. Leben ist eng mit deren Möglichkeiten zur Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen verbunden. Von den verminderten Chancen der Kinder aus Familien mit geringen Einkommen, weiterbildende Schulen zu besuchen oder einfach nach der Schule Freunde zu besuchen ganz zu schweigen.

Arm aber ökologisch?

Zur Minderung dieser Chancenungleichheit gibt es bereits Lösungen - ein preiswertes Ticket für öffentliche Verkehrsmittel - ein Sozialticket!

Was ist ein Sozialticket?

Das Sozialticket ist im Vergleich zu einem normalen Fahrschein ein wesentlich preiswerterer Fahrschein für den ÖPNV für Menschen mit niedrigem Einkommen. Das Sozialticket ist kein Almosen, im Gegenteil die Menschen haben einen Anspruch darauf! Das Grundgesetz gibt den Kommunen freie Hand, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (Art. 28 Abs. 2 GG). Dies betrifft nicht nur Aufgaben, sondern auch die Befugnis, die Geschäfte eigenverantwortlich zu führen. Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft sind diejenigen Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifi-

schien Bezug haben.¹ Dazu zählt vor allem die Daseinsvorsorge. Diese umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen - die sogenannte Grundversorgung. Dazu gehört auch die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit, neben der Ver- und Entsorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität, die Müllabfuhr, Bildungs- und Kulturinstitutionen, Krankenhäuser, Friedhöfe, Bäder etc. und eben öffentlicher Verkehr. In den ÖPNV-Gesetzen der Länder werden bestimmte Elemente einer ausreichenden Verkehrsbedienung genannt²:

- Versorgung der Allgemeinheit
- Soziale Belange
- Verkehrsentlastung
- Umweltschutz
- Landesplanerische Faktoren
- Bedarf und potenzielle Nachfrage
- Verkehrsbedienung und Infrastruktur.

Dies trifft auch für Sachsen-Anhalt zu³. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte obliegt es der kommunalen Ebene, für die konkrete Situation ein Angebot als angemessen zu definieren. Die Option zur Gestaltung der Einführung eines Sozialtickets als Instrument der Daseinsvorsorge sind also gegeben. Zu berücksichtigen sind aber auch andere gesetzliche Vorgaben. Denn nach Art. 28 Abs. 2 GG sind alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft **im Rahmen der Gesetze** zu regeln. Dazu zählt u.a.

auch das Sozialstaatsprinzip aus Art. 20 GG. Darin heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Mit Sozialstaatsprinzip wird das grundlegende Staatsprinzip bezeichnet, das den Staat zur sozialen Gerechtigkeit in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung verpflichtet. Ziel des Sozialstaates ist der Abbau erheblicher sozialer Unterschiede und die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für alle Teile der Bevölkerung.

Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet nach Art. 20 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 28 Abs. 2 GG die Kommunen soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.⁴ Dabei geht es nicht nur um die bloße Existenzsicherung, es geht vielmehr auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Mobilität als Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Mobilität in einer Großstadt wie Halle ist notwendiger Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums. Sie ermöglicht Teilhabe im weitesten Sinne - sei es durch Erwerbsarbeit, durch Arbeitssuche, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, Erledigung von Behördenwegen und durch Versorgung unter Nutzung preiswerter Angebote (z.B. Lebensmittel), die nicht im Nahbereich der Wohnung vorhanden sind. Ebenso ist in diesem Zusammenhang der Zugang zu Bildung zu beachten (allgemeine

Schulpflicht, weiterführende Schulen, Bildungseinrichtungen und außerschulische Programme unabhängig von der Bereitstellung einer vom örtlichen Schulträger getragenen Schülerbeförderung).

Mit einem Sozialticket ist also nicht die Forderung nach uneingeschränkter Mobilität verbunden, sondern die Sicherung eines für die soziale Teilhabe erforderlichen Mindestmaßes an Mobilität.

Die Höhe der staatlichen Unterstützungen reicht nicht aus, um die Kosten für Mobilität zu decken. Der Gesetzgeber billigt im Regelsatz SGB II lediglich einen nicht auskömmlichen Anteil monatlich für sämtliche Verkehrsdienstleistungen zu.

Bei einem Regelsatz von 100% (359 •) beträgt der Teil „Mobilität“ aktuell • 13,88, 90% (332,10 •) = mtl. • 12,49 •; 80% (287,20 •) = mtl. • 11,10; 60% (215,40 •) = mtl. • 8,32). Somit sind gerade jene Menschen nicht in der Lage, entsprechende preisgünstige Monats- bzw. Fahrkarten zu erwerben, welche auf den ÖPNV angewiesen sind.

Dem gegenübergestellt gelten ab 01.08.2009 folgende Preise für den ÖPNV in Halle:

- Monatskarte: 45,70 • (Abo 38,80 •)
- Kurzstrecke: 1,20 •
- 4er Kurzstrecke: 4,80 •
- Langstrecke: 1,70 • (Kind: 1,20 •)
- 4er Langstrecke: 6,50 • (Kind: 4,80 •)

Der Vergleich des in der Abteilung 6 des Regelsatzes für Mobilität angesetzten theoretischen Betra-

ges verdeutlicht, dass die verfügbaren finanziellen Mittel des Regelsatzes den Aufwand zur Sicherung einer angemessenen Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht annähernd decken.

Die ungenügende Absicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betrifft neben regelsatzfinanziertem Arbeitslosengeld II-Empfängern gleichermaßen Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Empfänger niedriger Renten, viele Arbeitslosengeld I-Empfänger, sowie Arbeitslose ohne Leistungsansprüche.

Warum braucht Halle ein Sozialticket?

- Weil in Halle mehr als 46.000 Menschen mit niedrigem Einkommen leben und von staatlichen Zuwendungen entsprechend SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz abhängig sind

- Weil in Halle ca. 10.000 Kinder unter 15 Jahren von Armut betroffen sind⁵.

- Weil eine einfache Fahrkarte in Halle seit 01.08.2008 • 1,70, die Monatskarte (übertragbar) seit 01.08.2009 • 45,70 kostet.

- Weil Menschen, welche von „Hartz-IV“ leben müssen max. • 13,88 pro Monat (Kind • 8,32 - • 11,12) für Verkehrsmittel (lt. Regelsatzverordnung 01.07.2009) zur Verfügung haben.

- Weil eine Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben in der Stadt Halle mit • 13,88/Monat für Verkehrsleistungen ausgeschlossen ist.

- Weil die Menschen ein Recht haben, am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben teilzuhaben.

- Weil von den Menschen die Gesellschaft zunehmend Flexibilität und Mobilität erwartet. ==> mit • 13,88/Monat für Verkehrsmittel?

- Weil die Stadt und der Staat eine soziale Verantwortung für ihre Bürger haben.

- Weil nur ein Sozialticket ein Mindestmaß an Mobilität zur sozialen Teilhabe sichert.

- Weil ein Sozialticket kein Almosen ist, sondern den Menschen mit geringen Einkommen erst die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Suche nach einer auskömmlich bezahlten sozialversicherungspflichtigen Arbeit ermöglicht.

- Weil ein Sozialticket Aktivitäten zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit auslöst.

Uwe Heft, MdL

1 BVerfGE 79, 127 (151)

2 Vgl. Barth, S. (2000): Nahverkehr in kommunaler Verantwortung: Der öffentliche Personennahverkehr nach der Regionalisierung. Bielefeld (Schriftenreihe für Verkehr und Technik, Band 90), S. 158 ff.

3 ÖPNV-Gesetz Sachsen-Anhalt u. a. §3 (1), §6 (2)

4 Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Daseinsvorsorge: Kommunen und Mittelstand - Partner oder Konkurrenten? in <http://www.bay-gemeindetag.de/information/zeitung/2003/092003/bz092003a.htm>

5 Familienbericht der Stadt Halle Teil Kinderarmut Beschluss des Stadtrates 27.05.2009